

Positionspapier des LFA Soziales zum „Zukunftsentscheid Hamburg“

Einleitung

Der „Zukunftsentscheid Hamburg“ klingt auf den ersten Blick nach einer ambitionierten Klimaschutzinitiative. Bei genauer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass ein positives Votum massive Risiken birgt – insbesondere für die soziale Stabilität in Hamburg. Die geplanten Maßnahmen sind extrem teuer, sozial unausgewogen und bürokratisch schwer umsetzbar. Hamburg würde einen kostspieligen Alleingang wagen, ohne dass ein relevanter Beitrag zum globalen Klimaschutz geleistet würde.

Unser Fazit: **Dieser Volksentscheid gefährdet die soziale Balance in Hamburg und belastet insbesondere wirtschaftlich schwächere Haushalte unverhältnismäßig stark.**

1. Soziale und finanzielle Überlastung

- **Explosion der Wohnkosten:** Zwang zu umfassenden energetischen Sanierungen würde Mieten und Nebenkosten deutlich erhöhen. Die Wohnungswirtschaft warnt bereits vor unweigerlichen Mehrbelastungen. Neubau würde massiv erschwert.
- **Belastung ärmerer Menschen:** Einkommensschwache Haushalte haben keine Ausweichmöglichkeiten. Viele wären gezwungen, Hamburg zu verlassen.
- **Ungerechtigkeit:** Anstatt soziale Spaltung zu überwinden, verstärken die Maßnahmen sie. Mobilität und Wohnen drohen zu Luxusgütern zu werden.

2. Gefährdung von Mobilität und Alltag

- **Zwei-Klassen-Mobilität:** Wohlhabende Familien können sich Elektroautos, Lastenräder oder Carsharing leisten – einkommensschwache Familien bleiben abgehängt.
- **Einschränkungen im Alltag:** Teurere Tickets, schlechterer Zugang zu Arbeitsplätzen und längere Wege bei Kindertransport oder Einkäufen.
- **Fehlende Fairness:** Arbeitnehmer, die täglich auf ihr KFZ angewiesen sind (z. B. Handwerker oder Pflegedienste) können durch Zwangsmaßnahmen stärker betroffen sein.

3. Kosten-Nutzen-Dilemma

- **Minimaler Effekt auf das Klima:** Hamburgs Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß ist verschwindend gering (unter 2 % vom deutschen Ausstoß). Ein teurer Alleingang bringt global kaum Nutzen.

- **Unklare Finanzierung:** Die Initiative delegiert Kosten auf den Staat – und damit auf Steuerzahler. Konkrete Finanzierungspläne, die für „sozialen Ausgleich“ sorgen sollen, fehlen.
- **Beispiel Wärmepumpe:** Selbst hohe staatliche Subventionen lösen das Kostenproblem nicht, da diese schnell vom Markt eingepreist werden.

4. Bürokratisches Monster

- **Unrealistische CO₂-Budgets:** Der Zwang zu jährlichen Klimabudgets kollidiert mit der zweijährigen Haushaltsplanung Hamburgs.
- **Neue Kontrollinstanz:** Zukünftig wären zusätzliche Mitarbeiter nötig - reine Bürokratie.
- **Rückschritt statt Fortschritt:** Der mühsam erreichte doppelte Haushalt wäre bedroht. Es drohen Parallelstrukturen wie ein Bürgerrat, die die Bürgerschaft schwächen.

5. Wirtschaftliche Risiken

- **Jobverluste:** Energieintensive Unternehmen könnten abwandern, da Produktionsumstellungen zu teuer werden. Arbeitsplätze im industriellen Sektor stünden auf dem Spiel.
- **Soziale Struktur gefährdet:** Der Verlust von Industrie- und Handwerksjobs würde ganze Stadtteile treffen und soziale Schieflagen verschärfen.

6. Ideologischer Charakter

- **Klimaschutz als Ersatzreligion:** Der Zukunftsentscheid ist schwammig formuliert und stark von Ideologie getrieben.
- **Einseitiger Fokus:** CO₂ wird isoliert betrachtet, obwohl auch andere Treibhausgase eine Rolle spielen.
- **Wissenschaftlicher Dissens:** Selbst innerhalb der Forschung ist nicht eindeutig geklärt, wie stark lokale Emissionssenkungen den globalen Klimawandel tatsächlich beeinflussen.

Fazit

Der „Zukunftsentscheid Hamburg“ ist **extrem teuer, sozial ungerecht und bürokratisch riskant**. Er bedroht die soziale Balance, verschärft Armut und Ungleichheit und zwingt besonders die Schwächsten unserer Stadt zu Opfern, während der globale Klimanutzen minimal bleibt.

Wir fordern daher:

- eine **Abkehr von teuren Alleingängen**,
- einen **europäisch abgestimmten Klimaschutz**,
- Maßnahmen, die **sozial verträglich, finanziell tragfähig und unideologisch** sind.

Hamburg darf nicht Versuchslabor für unrealistische Klimapolitik auf Kosten der sozial Schwachen werden.